

"Wir wollen nicht so tun, als wäre alles in bester Ordnung!" = Nous n'allons pas faire comme si tout allait pour le mieux dans le meilleur des mondes!" = Non vogliamo dare a intendere che tutto sia in perfetto ordine

Autor(en): **Friedrich, Rudolf / Müller, Heinz W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **30 (1983)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-367228>

Nutzungsbedingungen

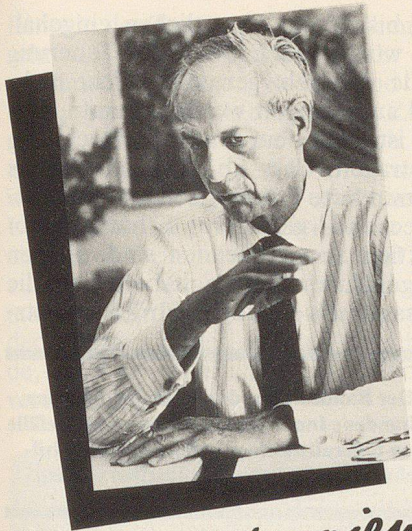
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Das Interview

«Wir wollen nicht so tun, als wäre alles in bester Ordnung!»

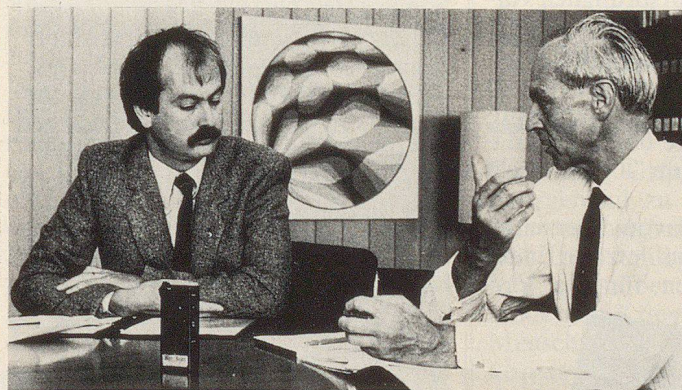
Bundesrat Rudolf Friedrich
zum Problemkreis Zivilschutz

«Ich erhoffe mir ein etwas grösseres Verständnis für die Belange des Zivilschutzes im Parlament, aber auch bei den Kantonen und der schweizerischen Öffentlichkeit. Es geht uns jedoch in keiner Weise darum, irgendwie so zu tun, ob alles in bester Ordnung wäre.» Dies sagte Bundesrat Rudolf Friedrich im Zusammenhang mit der bevorstehenden Behandlung des Zwischenberichtes über den Stand des Zivilschutzes im Nationalrat. Im Vorfeld der Debatte, die vermutlich in der Wintersession in Szene geht, unterhielt sich «Zivilschutz»-Redaktor Heinz W. Müller mit Bundesrat Rudolf Friedrich, der als Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements auch Schirmherr des Zivilschutzes ist. Im Interview wurden auch heisse Eisen angefasst – so die Zielrichtung der jetzigen Zivilschutzpolitik, das enge Finanzkorsett der Organisation, der umstrittene Tenübefehl und die Furcht vor einer Paramilitarisierung des Zivilschutzes.

«Zivilschutz»: Herr Bundesrat, kaum haben Sie Ihr Amt auch als oberster Zivilschützer des Landes angetreten, entbrennt im Zusammenhang mit dem Zwischenbericht über den Stand des Zivilschutzes eine grundsätzliche Diskussion. Verschiedene Kreise kritisieren etwa, dass vom Bund her der Eindruck erweckt werde, als sei der Zivilschutz bereits dann gewährleistet, wenn jeder über einen Schutzplatz verfüge. Diese Kritiker vertre-

ten allgemein die Auffassung, wesentliche Komponenten – so «Schutz» und «Verhalten des Menschen» – würden zu sehr ausser acht gelassen. Und daraus schliessen sie dann, dass der Zivilschutz – im Gegensatz zur Armee – als Gesamtsystem heute noch nicht funktionstüchtig ist. Was meinen Sie dazu?

Bundesrat Rudolf Friedrich: Mit seinem Ende Januar 1983 veröffentlichten Bericht entsprach der Bundesrat einem im Jahre 1980 von Nationalrat B. Humbel und 23 mitunterzeichnenden Nationalräten eingereichte Postulat, es sei den eidgenössischen Räten ein «Zwischenbericht über den heute erreichten Stand der Zivilschutzkonzeption 1971 zu unterbreiten». Dieser Bericht hat gesamthaft gesehen in der Öffentlichkeit ein positives Echo gefunden. Auch von der vorbereitenden Kommission des Nationalrates wurde er als eine realistische, umfassende Standortbestimmung entgegengenommen bzw. als eine gute Grundlage für die weiteren parlamentarischen Beratungen gewertet. Der Zivilschutz ist in erster Linie Selbstschutz, der nach dem Willen des Gesetzgebers im wesentlichen in der Gemeinde als unterstem Selbstverantwortungskörper, in bestmöglicher Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, schrittweise zu verwirklichen ist. Daraus ergeben sich zwangsläufig Unterschiede in den baulichen, organisatorischen und ausbildungsmässi-



(Bilder: Hansueli Trachsel, Bern)

gen Vorkehrungen. Insofern kann hier nicht ohne weiteres von einem «Gesamtsystem» die Rede sein. Geht man davon aus, dass der eigentliche Aufbau unseres, auch im Ausland beachteten Zivilschutzsystems erst vor zwanzig Jahren konsequent eingeleitet worden ist, darf man festhalten, dass wir auf diesem Gebiet der Gesamtverteidigung – trotz den noch zu lösenden Problemen – einen beachtlichen Stand erreicht haben. Die Frage des menschlichen Verhaltens wird dabei in unseren Überlegun-

gen keineswegs ausser acht gelassen. Im Gegenteil, gerade die Erfahrungen jüngerer wie auch weiter zurückliegender Kriegsereignisse zeigen im übrigen, dass das «überlebenskonforme» Verhalten der betroffenen Zivilbevölkerung entscheidend vom Vorhandensein geeigneter Schutzmöglichkeiten abhängt. Ebenso lernen die Erfahrungen, dass der Mensch in der Bedrohung einen ausgesprochenen Überlebenswillen hat, der ihn dazu führt, auch empfindliche Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen und sich zu bescheiden.

Vor 20 Jahren trat die Zivilschutz-Gesetzgebung in Kraft. Heute zeigt es sich, dass das Gefälle zwischen den Kantonen bezüglich Schutzräume und Ausbildung teilweise enorm ist. Wäre es, im nachhinein gesehen, nicht klüger gewesen, wenn man trotz dem Prinzip des Föderalismus und der Gemeindeautonomie etwas verbindlichere Weisungen von höchster Warte herausgegeben hätte?

Aus dem Zwischenbericht geht hervor, dass es sich bei den Kantonen mit besonderem Nachholbedarf vor allem um finanzschwache handelt. Die baulichen, organisatorischen und ausbildungsmässigen Mängel sind dabei in erster Linie in jenen Gemeinden ausgeprägt, die in den letzten Jahren nur eine beschränkte Bautätigkeit aufwiesen und meistens erst seit dem 1. Januar 1978 zivilschutzpflichtig sind.

Bundesrat Rudolf Friedrich im Gespräch mit «Zivilschutz»-Redaktor Heinz W. Müller. Monsieur Friedrich, conseiller fédéral, et Heinz W. Müller, rédacteur de la revue «Protection civile». Il consigliere federale, on. Rudolf Friedrich, e Heinz W. Müller, redattore della rivista «Protezione civile».

Der Bundesrat ist der Meinung, dass das vorhandene inter- und innerkantonale Gefälle den föderalistischen Auf-

«Die Frage des menschlichen Verhaltens wird in unseren Überlegungen keineswegs ausser acht gelassen.»

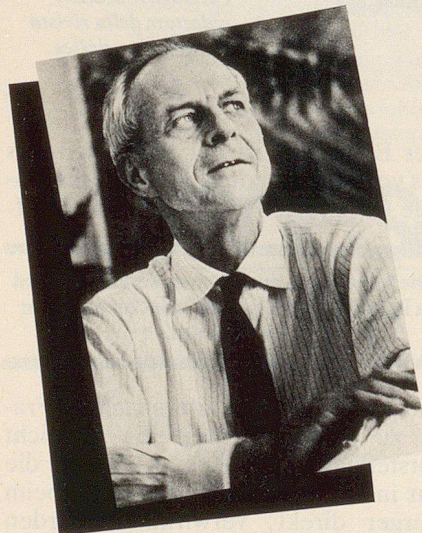
bau unseres Zivilschutzes nicht in Frage zu stellen vermag. Es ist nicht vorstellbar, dass eine Aufgabe, die nur in der Gemeinde, das heisst beim Bürger direkt, verwirklicht werden

kann, in vernünftiger Weise zentralistisch gelöst werden könnte. Der Bundesrat hält jedoch dafür, dass dem Postulat der Ausgewogenheit im Stand der Vorbereitung der Kantone und Gemeinden und der Zivilschutzmassnahmen unter sich in den kommenden Jahren bundesseits besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist, beispielsweise durch die Schaffung finanzieller Anreize zugunsten zivilschwacher Kantone und Gemeinden.

Im Zwischenbericht wird eine Verzögerung auf die Marschtabelle in Sachen Zivilschutzpläne festgestellt und in Aussicht gestellt, dass dieses Defizit bis Ende des Jahrhunderts wettgemacht sein dürfte. Andererseits wissen wir (vgl. vorige Frage), dass verschiedene Kantone – um es diplomatisch zu bezeichnen – eine gewisse «Eigendynamik» auch im Zivilschutz entwickelt haben. Wie kann der Bundesrat letzten Endes seinen Willen durchsetzen? Gibt es Druckmittel?

Die in der Konzeption 1971 definierte Zielsetzung (unversehrtes Überleben möglichst vieler Einwohner, Dissensionsbeitrag und subsidiäre Hilfeleistung in Friedenszeiten) hat sich als eine realistische und zweckdienliche Grundlage für den Aufbau eines wirksamen und glaubwürdigen Zivilschutzes erwiesen. Nach den heute bekannten Rahmenbedingungen kann damit gerechnet werden, dass in den grösseren Gemeinden, wie ursprünglich vorgesehen, bis 1990 für alle Einwohner ein Schutzplatz in der Nähe der Wohnung vorhanden sein wird. In den kleineren, seit 1978 zivilschutzpflichtigen Gemeinden dürfte deren Ziel dagegen erst um das Jahr 2000 erreicht sein.

Der Bundesrat ist davon überzeugt, dass der Föderalismus letzten Endes gute Voraussetzungen für die Ver-



wirklichung der Zivilschutzziele bietet. In diesem Zusammenhang kommt einer gezielten Information und Motivation der Träger der politischen Verantwortung in den Kantonen und Gemeinden bzw. der Förderung ihres Bewusstseins grosse Bedeutung zu. Gerade in diesem Bereich hat auch der Schweizerische Zivilschutzverband eine bedeutungsvolle Aufgabe wahrzunehmen. Die Anordnung von Zwangsmassnahmen würde letztlich einem Versagen unseres auf kooperativen Föderalismus fussenden Staatsverständnisses gleichkommen.

Was aber, wenn trotz allem Kantone ausscheren? Ich denke da – es ist zwar ein abgedroschenes Beispiel – ans Gurtragen, wo in verschiedenen Kantonen nicht einmal ein Drittel der Autofahrer sich ans Obligatorium hält.

Das ist eine Hypothese, die vorläufig in der Luft hängt. Wir haben uns damit nicht auseinandergesetzt, weil es auf dem bisherigen Weg unseres Erachtens geht. Ich glaube eher, dass wir für die finanzschwachen Kantone eben gewisse zusätzliche finanzielle Anreize bieten müssen. Wir müssen auch immer wieder versuchen, auf die verantwortlichen Organe der Kantone und der Gemeinden einzuwirken und sie zu überzeugen.

Eine Frage an den Militärexperten Friedrich: In zahlreichen Dokumenten des Bundesrates wird der Zivilschutz als wesentlicher Teil unserer Landesverteidigung bezeichnet. Es wird ihm das Prädikat «strategisches Mittel» zugebilligt. Das hat nicht gehindert, dass im Zeitraum der vergangenen fünf Jahre die Bundesgelder für den Zivilschutz um beinahe 30% von zuvor über 240 Mio. Franken jährlich auf nun etwa 170 Mio. Franken zusammengestrichen worden sind. Und in der langfristigen Planung des Bundes ist dieser Plafond bis in die neunziger Jahre hinein festgeschrieben. So stellt sich die Frage, ob der Zivilschutz künftig – im Gegensatz zur Armee – nichts weiter mehr benötige, weder Anpassungen an die künftigen Bedrohungen noch zusätzliche Komponenten, um seinen Auftrag wirksam erfüllen zu können.

Bei der Beurteilung der finanziellen Aspekte gilt es, die Gesamtaufwendungen, das heisst die Ausgaben von Bund, Kantonen, Gemeinden und Privaten, zu berücksichtigen. Nach der Zivilschutzkonzeption 1971 wurden diese seinerzeit jährlich auf 340 Mio. Franken veranschlagt, ein Rahmen,

der bisher im wesentlichen eingehalten wurde, auch wenn die Teuerung Ende der siebziger Jahre nicht mehr voll aufgefangen werden konnte. Dabei ist auch dem Umstand Rechnung zu tragen, dass ab 1977 eine etwas verminderte Bautätigkeit und dementsprechend geringere Schutzbauproduktion zu verzeichnen sind. In den vergangenen Jahren haben sich die Gesamtaufwendungen für Zivilschutz-

«Der Bundesrat ist der Meinung, dass das vorhandene Inner- und interkantonale Gefälle den föderalistischen Aufbau unseres Zivilschutzes nicht in Frage zu stellen vermag.»

massnahmen auf jährlich rund 500 Mio. Franken eingependelt. Davon entfielen jeweils 430 Mio. Franken auf die öffentliche Hand (Bund 170 Mio. Franken, Kantone und Gemeinden 260 Mio. Franken) und 70 Mio. Franken (im Pflichtschutzraumbau) auf die Privaten.

Als Folge der Streichung der Bundesleistungen an Pflichtschutzräume in privaten Gebäuden findet seit 1982 insofern eine strukturelle Veränderung in der Aufteilung der gesamten Zivilschutzausgaben statt, als der Anteil der Privaten bis auf jährlich etwa 150 Mio. Franken ansteigen wird, während sich derjenige der öffentlichen Hand auf 350 Mio. Franken zurückgebildet wird (rund 0,8% des gesamten Finanzhaushaltes von Bund, Kantonen und Gemeinden).

Es ist klar, dass den Aufwendungen für den Zivilschutz, die in Konkurrenz zu allen übrigen Aufgaben der öffentlichen Hand stehen, Grenzen gesetzt sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, zeitliche und örtliche bzw. regionale Prioritäten zu setzen, insbesondere mit dem Ziel, möglichst bald das interkantonale Gefälle zu verringern.

Insgesamt erachte ich den heutigen finanziellen Rahmen wie auch das gegenwärtige Verhältnis von etwa 7:1 zwischen den Militär- und Zivilschutzaufwendungen als angemessen und ausgewogen.

Es gibt Bereiche, ich denke da etwa ans Militär, wo es im Parlament eine sehr starke – gestatten Sie den Ausdruck – Lobby gibt, die bei verschiedenen Fragen bis hinauf zum Bundesrat vorstellig wird. Haben Sie – im Verlaufe Ihrer Zeit als Bundesrat – in dieser Richtung etwas von Zivilschutz-Interessierten verspürt? Wäre eine solche Gruppe von Interessenvertretern wichtig für Sie als oberster Zivilschützer?

Es ist in der Tat so, dass im Parlament sehr viel mehr Mitglieder direkt mit militärischen Fragen zu tun und Erfahrungen haben als das für den Zivilschutz zutrifft. Es wäre natürlich aus meiner Sicht schon wünschenswert, wenn es im Parlament etwas mehr Leute hätte, die den Zivilschutz aus eigener Anschauung kennen und die aus dem Zivilschutz dasselbe Anliegen machen würden wie aus der Armee, denn letzten Endes gehören eben beide, auch der Zivilschutz, zur Landesverteidigung.

Das ist gleich ein Stichwort für die nächste Frage: Es gibt Kreise, die der Ansicht sind, dass der Zivilschutz aus verschiedensten Gründen dem Militärdepartement unterstellt werden sollte. Sie sagen etwa, dass damit die Koordination mit dem Militär (Luftschutz) noch besser spielen würde.

Ich glaube, das ist eine sehr vordergründige Argumentation. Es mag sein, dass gewisse Koordinationsaufgaben leichter wären, aber grundsätzlich gehört der Zivilschutz – der eben zivil aufgebaut wird – nicht ins Militärdepartement. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, dass diese Trennung eben auch äusserlich durch die Zuteilung zu verschiedenen Departementen unterstrichen werden muss.

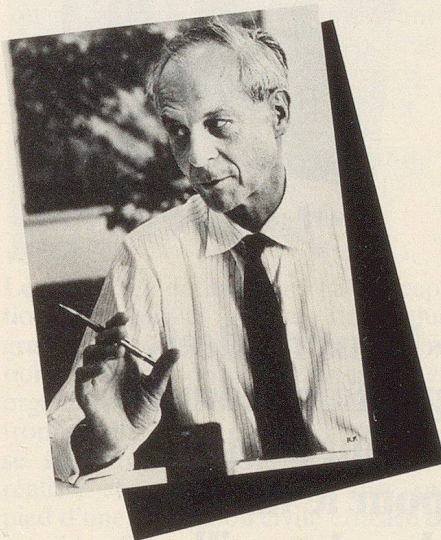
In der letzten Zeit gibt es Diskussionen, die sich um Tenüvorschriften drehen. Es gibt Leute, die wehren sich vehement gegen jegliche Tenüvorschriften, weil sie eine Paramilitarisierung des Zivilschutzes befürchten. Andere glauben eher, dass man just mit dieser Tenüvorschrift – allenfalls auch mit einer eigentlichen Uniform – eine gewisse Ordnung in die Zivilschutzreihen bringen könnte.

Ich neige eher zur letzten Auffassung, wobei das nicht der einzige Gesichtspunkt ist. Es kommt eben auch darauf an, dass eine wirklich zweckmässige Kleidung für diese Aufgabe vorhanden ist, und ich glaube, da muss eine gewisse Einheitlichkeit herrschen.

Voraussetzung für die örtliche Handlungsbefähigung sind Alarmmittel für das gesamte Gemeindegebiet, so insbesondere Kampfstoff-Warngeräte und der Ortsfunk. Nun aber stehen diese Instrumentarien nicht oben in der Prioritätenliste. Wie ist das zu verstehen?

Zum Schutz der Bevölkerung im Kriegs- und Katastrophenfall kommt einem leistungsfähigen und möglichst einfachen Alarmierungs- und Infor-

mationssystem grosse Bedeutung zu. Nach Abschluss der zurzeit laufenden Aktion zur Revision der installierten Sirenen und zur Verdichtung der Alarmierungsnetze der Zivilschutzorganisationen sowie zum Bau von Fernsteueranlagen wird es möglich sein – nach einem Aufgebot der erforderlichen Schutzdienstpflichtigen –, die Bevölkerung überall spätestens innert einer halben Stunde zu alarmieren.



Für die Erteilung von Alarmierungsaufträgen an die Alarmierungsposten der aufgegebenen Zivilschutzorganisationen und die Bekanntgabe von Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung steht sowohl dem Bundesrat wie auch den Kantonsregierungen – entsprechend einem im Rahmen der Gesamtverteidigung erarbeiteten Konzept – das Radio zur Verfügung.

Daraus ergibt sich, dass die Alarmierung und Information der Bevölkerung in Krisenlagen sichergestellt ist. Ob und in welchem Umfang die Alarmierung so verfeinert werden soll, dass sie zu jeder Zeit ohne Verzug von Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene aus ferngesteuert auslösbar ist, wird gegenwärtig geprüft. Dies ist allerdings eine Angelegenheit, die nicht zu den Aufgaben des Zivilschutzes gehört.

Beim Ortsfunk handelt es sich um eine im Auftrage des Bundes entwickelte, vor der Beschaffungsreife stehende, verhältnismässig kostspielige und technisch anspruchsvolle Einwegverbindung, die es erlauben würde, lokal bedeutsame Meldungen von der Ortsleitung in die Schutzräume weiterzuleiten. Insofern stellt der Ortsfunk zweifellos ein wünschbares Mittel dar. Ähnliches gilt für die elektronischen Kampfstoff-Warngeräte, die allerdings auch nach Auffassung unserer Armee für unsere Bedürfnisse noch nicht beschaffungsreif sind.

Wichtig scheint mir die Feststellung, dass die vorhandenen Schutzräume und Schutzvorkehrungen, wie beispielsweise die Schutzmasken und die AC-Spür- bzw. Nachweisgeräte bereits heute einen guten Schutz der Bevölkerung gegen die derzeit bekannten Waffenwirkungen vermitteln.

Zivilschutz ist – wiederum im Gegensatz zur Armee – in der Bevölkerung noch zu wenig bekannt. Und in einer Epoche von Friedensbewegungen und Abrüstungsgesprächen ist es erst recht schwierig, den Zivilschutz populär zu machen. Haben Sie ein Rezept, wie man die Bevölkerung für diesen wichtigen Zweig der Gesamtverteidigung noch mehr gewinnen könnte?

Die Verwirklichung der Zivilschutzziele hängt wesentlich von einer gezielten und kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit ab. Eine nüchterne Analyse der bisher diesbezüglich unternommenen Bestrebungen zeigt, dass der zum Teil sicher noch unbefriedigende Informationsstand der Bevölkerung mindestens teilweise darauf zurückzuführen ist, dass die vermittelten Informationen oft nicht oder jedenfalls nur ungenügend zur Kenntnis genommen werden. Das ist ja eine Erfahrung, die auch der Schweizerische Zivilschutzverband bei seinen Bemühungen immer wieder machen muss.

Es wäre natürlich schon wünschenswert, wenn es im Parlament etwas mehr Leute hätte, die aus dem Zivilschutz dasselbe Anliegen machen würden wie aus der Armee...

Folgende Gründe scheinen dabei massgebend zu sein: zum einen die Interesselosigkeit oder Bequemlichkeit, zum andern ein Ohnmachtsgefühl gegenüber den Gefahren eines modernen Krieges, welches bei vielen Menschen einen Verdrängungsmechanismus bzw. eine innere Abwehr von der Kenntnisnahme der Gefahren auslöst. Die Aufnahmebereitschaft hängt auch stark von der internationalen Lage ab und von dem durch sie ausgelösten Gefahrenempfinden. Mit einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit gilt es vor allem, diese Indifferenz und innere Abwehr zu durchbrechen, auch in scheinbar ruhigen und friedlichen Zeiten, und gleichzeitig das Vertrauen der Bevölkerung in die Massnahmen des Zivilschutzes zu verstärken. Dabei genügt es nicht, jene Menschen zu motivieren, die bereits am Zivilschutz interessiert sind. Um an ein breiteres und interessierteres Publikum zu ge-

langen, ist die Informationstätigkeit insbesondere an der Basis, das heisst in der Gemeinde, zu intensivieren, mit Vorzug im Rahmen von Übungen und Ausbildungsveranstaltungen. Darüber hinaus ist es wichtig, ständig nach neuen, gegebenenfalls auch unkonventionellen Informationskanälen und -mitteln Umschau zu halten, zumal es auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit kaum Patentrezepte gibt.

Was erhoffen Sie sich von der Behandlung des Zwischenberichtes im Nationalrat?

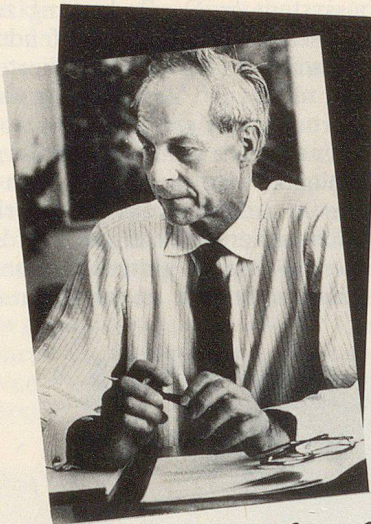
Ich hoffe, dass durch die Behandlung dieses Zwischenberichtes auch auf die noch offenen Probleme aufmerksam gemacht und das Parlament etwas sensibilisiert wird für die Belange des Zivilschutzes. Es ist ja in der Tat so, dass auch in der parlamentarischen Aktivität der Zivilschutz natürlich schon sehr weit hinter der Armee rangiert. Das ist nun einmal eine Gelegenheit, das Thema Zivilschutz nun im Parlament und auch vor dem Publikum auszubreiten. Es geht uns in keiner Weise darum, irgendwie so zu tun, als alles in bester Ordnung wäre, sondern mir geht es ganz im Gegenteil darum, eben zu zeigen, wo wir noch nicht fertig sind.

Könnte aufgrund der Debatte im Nationalrat allenfalls für den Zivilschutz etwas in Richtung mehr finanzielle Mittel herauschauen?

Das glaube ich weniger, weil wir da einfach bei der heutigen Finanzlage der Eidgenossenschaft eingeengt sind. Ich erhoffe mir eigentlich eher ein etwas grösseres Verständnis für die Belange des Zivilschutzes im Parlament, aber dann auch bei den Kantonen und in der schweizerischen Öffentlichkeit.

Hatten Sie schon Gelegenheit, allenfalls auch noch in Ihrer Zeit als Nationalrat, beim Zivilschutz zu schnuppern?

Ich habe mich schon früher für die Belange des Zivilschutzes interessiert. Vor allem ist mir die Zivilschutzorganisation in meiner Heimatstadt Winterthur einigermaßen bekannt, auch aus meiner Tätigkeit als Gemeinderat.



L'Interview

«Nous n'allons pas faire comme si tout allait pour le mieux dans le meilleur des mondes!»

Le conseiller fédéral Rudolf Friedrich donne son avis sur l'ensemble des questions relevant de la protection civile

«J'espère que le Parlement, mais aussi les cantons et l'opinion publique suisse, finiront par faire preuve d'une meilleure compréhension à l'égard des questions relevant de la protection civile. Nous n'avons cependant nullement l'intention de faire comme si tout allait bien dans le meilleur des mondes.» Ainsi s'exprimait le conseiller fédéral Rudolf Friedrich à propos de l'étude prochaine du rapport intermédiaire sur l'état de la protection civile au Conseil national. En prélude au débat qui, selon toute probabilité, aura lieu au cours de la session d'hiver du Parlement, Heinz W. Müller, rédacteur en chef de protection civile, s'est entretenu avec le conseiller fédéral Rudolf Friedrich, lequel se trouve être, en sa qualité de chef du Département fédéral de justice et police, également le patron de la protection civile. Cette interview a également permis d'aborder des points délicats, tels que l'orientation actuelle de la politique de protection civile, l'étroit carcan financier de l'organisation, la question très controversée de la tenue obligatoire et la crainte d'une paramilitarisation de la protection civile.

Protection civile: Monsieur le Conseiller fédéral, à peine prenez-vous vos fonctions de responsable suprême de la protection civile de notre pays qu'un débat de fond s'élève en liaison avec le rapport intermédiaire sur l'état de la protection civile. Divers milieux émettent par exemple une critique, selon laquelle la Confédération donnerait l'impression qu'à ses yeux une protection civile serait garantie dès lors que chaque habitant disposera d'une place dans un abri. Ces critiques sont généralement le reflet du point de vue considérant que des aspects essentiels – comme la «protection» et le «comportement de l'homme» – seraient par trop relégués au second plan. Ce qui entraîne leurs auteurs à en déduire que la protection civile – contrairement à l'armée – n'est pas actuellement en état de fonctionner d'ores et déjà comme un système propre et autonome. Qu'en pensez-vous, vous-même?

Conseiller fédéral Rudolf Friedrich:

Par son rapport publié fin janvier 1983, le Conseil fédéral répondait favorablement au postulat présenté en 1980 par le conseiller national B. Humbel et 23 cosignataires, selon lequel les conseillers fédéraux devaient «publier un rapport intermédiaire sur l'état actuel de la conception de la protection civile de 1970».

Dans l'ensemble, ce rapport a suscité un écho favorable auprès de l'opinion publique. La commission préparatoire du Conseil national l'accueillit également comme un bilan réaliste et très complet, autrement dit comme une bonne base de travail pour les débats parlementaires ultérieurs.

La protection civile est en premier lieu une autoprotection qui, selon le vœu du législateur, doit être essentiellement mise sur pied d'une façon progressive au sein de la commune, instance située au dernier degré inférieur dans la hiérarchie des responsabilités propres, en tenant compte au maximum des conditions locales. Cette façon de voir entraîne forcément des différences au niveau des mesures prises sur le plan de la construction, de l'organisation et de l'instruction. Aussi est-il difficile de continuer de parler d'un «système propre et autonome». Si l'on considère que la réalisation effective de notre système de protection civile, qui jouit également d'une certaine réputation à l'étranger, n'a été commencée d'une manière cohérente il y a seulement vingt ans, il faut admettre que, dans ce secteur de la défense générale, nous avons atteint un niveau plus qu'honorable.

Quant à la question du comportement de l'homme, elle n'est en aucun cas absente de nos réflexions. Au contraire, les enseignements que nous pouvons tirer des événements de guerre les plus récents, et même de ceux qui remontent à plus loin, montrent d'ailleurs que le degré d'«initiative pour survivre» dont peut faire preuve la population concernée dépend d'une manière décisive des possibilités de protection adéquate existantes. Ces expériences nous enseignent également que, sous la menace, l'homme manifeste une extraordinaire volonté de survivre qui le conduit à faire la part des choses et à se montrer beaucoup moins exigeant par rapport à ses convenances personnelles.

La loi sur la protection civile est entrée en vigueur il y a vingt ans. Il apparaît aujourd'hui que, sur le plan des abris et de l'instruction, le décalage entre les cantons est parfois énorme. Si l'on jette un regard rétrospectif, n'aurait-on pas été plus avisé en haut lieu de promulguer des directives un peu plus contraignantes, malgré le principe du fédéralisme et de l'autonomie des communes?

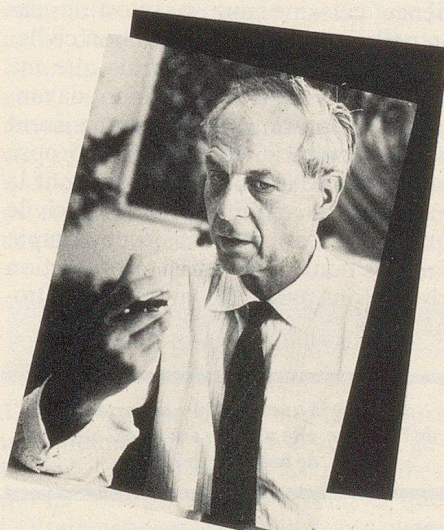
Il ressort du rapport intermédiaire que les cantons devant rattraper leur retard souffrent surtout d'un manque de moyens financiers. Les insuffisances de ces communes sur le plan de la construction, de l'organisation et de l'instruction sont notamment aiguës dans celles où la construction n'a connu qu'une activité limitée au cours de ces dernières années et qui, pour la plupart, ont une population astreinte seulement depuis le 1^{er} janvier 1978 à servir dans la protection civile.

Le Conseil fédéral estime que les grandes différences existant actuelle-

moyens de stimuler financièrement les cantons et les communes où le niveau de protection civile est particulièrement bas.

Le rapport intermédiaire fait était d'un retard du calendrier des travaux en matière de places protégées et laisse prévoir que ce déficit devrait pouvoir être comblé pour la fin de ce siècle. Par ailleurs, nous savons (reportez-vous à la question précédente) qu'un certain nombre de cantons ont développé en quelque sorte – pour le dire avec diplomatie – leur «propre dynamisme» également dans le domaine de la protection civile. Comment le Conseil fédéral peut-il, en dernier ressort, imposer sa volonté? Dispose-t-il de moyens de pression?

Les objectifs définis dans la Conception 1971 (survie intégrale de la plus grande partie possible de la population, contribution à la dissuasion et organisation de secours lors de catastrophes survenues en temps de paix) se sont avérés constituer une base réaliste et cohérente de la mise sur pied d'une protection civile efficace et crédible. Selon les conditions-cadres que nous connaissons à l'heure actuelle, on peut escompter que, dans



les communes les plus grandes, comme cela avait été initialement prévu, chaque habitant disposera d'une place protégée à proximité de son domicile dès 1990. Ce but pourrait en revanche seulement être atteint vers l'an 2000 dans les plus petites communes dont la population n'est astreinte à servir dans la protection civile que depuis 1978.

Le Conseil fédéral est convaincu qu'en fin de compte le fédéralisme favorise la réalisation des objectifs de la protection civile. A cet égard, une infor-

mation et une motivation rationnelle des responsables politiques au niveau des cantons et des communes, autrement dit tout ce qui peut contribuer à leur prise de conscience, revêtent une importance capitale. C'est précisément dans ce domaine que l'Union suisse pour la protection civile peut et doit, elle aussi, remplir une mission décisive. L'adoption de mesures coercitives signifierait l'échec de notre conception de l'Etat, fondée, comme chacun sait, sur une coopération à l'échelle fédérale.

Mais que se passera-t-il si, malgré tout, des cantons s'écartent de cette ligne? Je pense en l'occurrence – même si cet exemple est quelque peu éculé – au port de la ceinture de sécurité, à propos de laquelle on a pu constater que dans plusieurs cantons pas même le tiers des automobilistes en respectait cette prescription.

Cela est en effet une hypothèse qui est dans l'air actuellement. Nous n'en avons pas débattu, car cela n'entre pas encore dans nos considérations. Je crois plutôt que nous devons justement offrir aux cantons économiquement faibles des alternatives susceptibles de les stimuler financièrement. Nous devons inlassablement essayer d'exercer notre influence sur les organes responsables des cantons et des communes et de les convaincre.

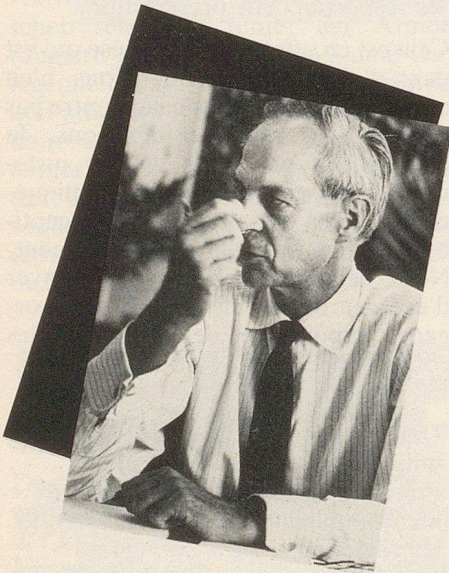
Une question à l'expert des questions militaires que vous êtes, Rudolf Friedrich: dans de nombreux documents publiés par le Conseil fédéral, la protection civile est désignée comme une part essentielle de notre défense nationale. On lui attribue même la qualité de «moyen stratégique». Cela n'a pas empêché la Confédération de réduire d'environ 30% ses subventions pour la protection civile au cours des cinq dernières années, les ramenant de plus de 240 millions de francs à environ 170 millions de francs par an. En outre, on peut voir dans la planification à long terme de la Confédération que ce plafond a été fixé jusque dans les années 90. On peut donc se demander si, à l'avenir – et contrairement à l'armée – la protection civile n'aura plus besoin de rien, ni de s'adapter aux menaces futures ni d'élargir sa structure pour pouvoir remplir efficacement sa mission.

Lorsqu'on veut porter un jugement sur les aspects financiers, il faut prendre en considération l'ensemble des dépenses, c'est-à-dire celles de la

«On ne peut en effet nier que, dans l'activité parlementaire, la protection civile ne vient évidemment que très loin derrière l'armée.»

ment entre les cantons et les communes d'un même canton ne remettent pas en cause la structure fédéraliste de notre protection civile. Il n'est pas concevable qu'une tâche ne pouvant être remplie qu'au sein de la commune, c'est-à-dire au niveau du citoyen lui-même, puisse être accomplie convenablement d'une manière centralisée. Cependant, le Conseil fédéral tient à ce que la plus grande attention soit accordée au postulat de l'équilibre entre les cantons et les communes au niveau de leur niveau de préparation et des mesures de protection civile, en créant par exemple des

Confédération, des cantons, des communes et des organisations du secteur privé. Lors de l'élaboration de la Conception 1971 de la protection civile, celles-ci avaient été fixées annuellement à 340 millions de francs, un ordre de grandeur auquel nous nous sommes, pour l'essentiel, tenus jusqu'à maintenant, même si vers la fin des années 70 il n'a plus été possible de prendre totalement en compte le renchérissement. A cet égard, il conviendrait de ne pas perdre de vue le fait que, dès 1977, l'activité avait quelque peu ralenti dans le bâtiment, ce qui a entraîné une diminution similaire de la construction des abris. Ces dernières années, l'ensemble des investissements pour procéder à des mesures de protection civile s'est stabilisé à près de 500 millions de francs par an. Sur cette somme, 430 millions de francs provenaient des deniers publics



(170 millions pour la Confédération, 260 millions pour les cantons et les communes) et 70 millions (dans le cadre de l'obligation de construire des abris) du secteur privé.

La conséquence de la suppression des subventions fédérales pour les abris obligatoires dans les immeubles privés est à cet égard une modification structurelle dans la répartition du total des dépenses pour la protection civile, intervenue depuis 1982, par laquelle la participation du secteur privé va augmenter pour atteindre environ 150 millions de francs par an, tandis que celle du secteur public va redescendre à 350 millions (environ 0,8 % du budget total de la Confédération, des cantons et des communes).

Il est clair que des limites ont été fixées aux dépenses pour la protection civile, étant donné que celles-ci se trouvent en concurrence avec les autres tâches que les finances publiques

se voient assigner. C'est pourquoi il est indispensable de situer les priorités temporelles, locales, autrement dit régionales, en ayant particulièrement pour perspective de réduire l'écart existant entre les différents cantons aussi rapidement que possible.

Dans l'ensemble, je considère le cadre financier actuel ainsi que le rapport de 7:1 existant aujourd'hui entre les dépenses militaires et celles pour la protection civile comme des dispositions appropriées et équilibrées.

Il est des domaines, et je pense ici par exemple à l'armée, pour lesquels on note la présence au Parlement d'un puissant lobby – permettez-moi d'utiliser ce vocable – qui, par rapport à différentes questions, semble exercer des pressions jusque sur le Conseil fédéral lui-même. Avez-vous – au cours de votre mandat de conseiller fédéral – ressenti un tel phénomène de la part de partisans de la protection civile? L'existence d'un tel groupe représentatif de ses intérêts vous serait-elle précieuse en votre qualité de premier responsable de la protection civile?

On ne peut nier qu'il y a bien plus de parlementaires directement concernés par les questions militaires et bénéficiant dans ce domaine d'une expérience certaine que ce n'est le cas actuellement pour la protection civile. Quant à moi, je ne pourrais que me réjouir s'il y avait au Parlement davantage de représentants qui connaissent la protection civile de leur propre point de vue et qui manifesteraient la même ardeur pour la protection civile que pour l'armée, car, tout compte fait, les deux, donc aussi la protection civile, font partie de la défense nationale.

«Quant à la question du comportement de l'homme, elle n'est en aucun cas absente de nos réflexions.»

Cela nous amène directement à la prochaine question: certains milieux sont d'avis que la protection civile devrait être subordonnée au Département militaire, et ce pour les raisons les plus diverses. Ils disent notamment que cela permettrait d'assurer une coordination encore meilleure avec l'armée (protection aérienne).

Je pense qu'il s'agit là d'un argument très superficiel. Il est possible que certaines missions de coordination s'en trouveraient facilitées. Mais, par sa nature même, la protection civile – qui dans sa structure est précisément

civile – ne fait pas partie du Département militaire. J'estime au contraire que cette séparation doit être également soulignée d'une façon explicite par l'existence de deux départements bien distincts.

Ces derniers temps, on assiste à des discussions à propos des prescriptions concernant la tenue. Certains sont farouchement opposés à toute prescription à ce sujet, parce qu'ils craignent que la protection civile devienne une organisation paramilitaire. D'autres estiment en revanche que cette prescription – il s'agirait en tout cas d'un uniforme original – permettrait justement d'amener un certain ordre dans les rangs de la protection civile.

Pour ma part, je partagerais assez cette dernière optique, bien que cela ne soit pas le seul aspect des choses. Il faut également que les gens disposent d'un habillement adéquat leur permettant de mener à bien leur mission. Et, à cet égard, je pense qu'une certaine unité est absolument nécessaire.

Pour que la population soit à même d'agir localement, il faut qu'elle dispose de systèmes d'alarme sur tout le territoire de la commune, comme notamment les appareils pour déceler les agents chimiques de combat et la radio locale. On doit cependant constater que ces instruments ne figurent pas en tête sur la liste des priorités. Comment expliquer cela?

Dans le cadre de la protection de la population en cas de guerre ou de catastrophe, il est très important de disposer d'un système d'alarme et d'information à la fois performant et autant que possible très simple. Dès que prendra fin l'opération de révision – actuellement en cours – des sirènes déjà installées et des moyens d'isolation des réseaux d'alarme que possèdent les organismes de la protection civile ainsi que de construction des systèmes de commande à distance, il sera possible – après avoir mis sur pied le nombre requis de personnes astreintes à servir dans la protection civile, d'alarmer dans l'espace d'une demi-heure au maximum la population partout où elle se trouve. Le Conseil fédéral et les autorités cantonales disposent de la radio – en l'occurrence un concept élaboré dans le cadre de la défense générale – pour distribuer les consignes d'alarme aux postes d'alarme des organismes de la protection civile mises sur pied et pour diffuser les instructions destinées à la population.

Cela permet d'assurer dans des situations de crise l'alarme et l'information de la population. On examine actuellement la question de savoir s'il faut – et jusqu'à quel point – davantage encore «sophistiquer» ce dispositif d'alarme, pour que celui-ci puisse être à tout moment et sans retard déclenché à distance au niveau fédéral, cantonal ou communal. Cela n'est du reste pas du ressort de la protection civile.

Quant à la radio locale, il s'agit d'un moyen de communication unidirectionnel mis au point à la demande de la Confédération. Ce système assez coûteux et très perfectionné pourra prochainement être fourni et permettra au chef local de transmettre aux abris les informations importantes sur le plan local. Dans cette perspective, la radio locale représente sans le moindre doute un moyen qu'il faut propager.

Il en est de même pour les détecteurs électroniques d'agents chimiques de combat qui, selon l'avis même des experts militaires, ne peuvent nous être fournis à l'heure actuelle pour couvrir tous nos besoins.

Ce qui me paraît important, c'est de constater que les abris et les mesures de protection civile disponibles actuellement, tels que les masques de protection et les détecteurs AC, offrent dès maintenant à la population une bonne protection contre les effets des armes connus à ce jour.

La protection civile est – encore une fois contrairement à l'armée – trop peu connue au sein de la population. Et à une époque où se manifestent les mouvements pacifistes et ont lieu des négociations sur le désarmement, il est particulièrement malaisé de populariser la protection civile. Avez-vous une recette pour arriver à susciter encore plus l'adhésion de la population à cette branche importante de la défense générale?

La réalisation des objectifs de la protection civile dépend essentiellement d'un travail d'information rationnel et continu auprès de l'opinion publique. Une analyse objective des efforts entrepris dans ce sens jusqu'ici montre que le niveau d'information de la population, certes encore insatisfaisant sur bien des points, est lié au fait que souvent les gens ne prennent pas – ou tout au moins pas assez – connaissance des informations qui leur sont fournies. Cette expérience, l'Union suisse pour la protection civile ne cesse d'ailleurs de la faire quant aux efforts qu'elle déploie elle-même.

Sur ce plan, il semble que les raisons suivantes sont tout à fait déterminantes: d'une part, le manque d'intérêt ou le confort intellectuel, d'autre part, un sentiment d'impuissance face aux dangers que présente une guerre moderne, lequel déclenche chez beaucoup de gens un phénomène de refoulement, autrement dit un refus intérieur de prendre connaissance de ces dangers. La capacité d'assimilation dépend aussi étroitement de la conjoncture internationale et du sentiment d'insécurité que celle-ci provoque. La tâche première d'un travail d'information de l'opinion publique revu et corrigé consisterait à briser cette indifférence et ce refus intérieur, même en ces temps de tranquillité et

«Nous devons inlassablement essayer d'exercer notre influence sur les organes responsables des cantons et des communes et de les convaincre.»

de paix apparentes, et à renforcer du même coup la confiance de la population à l'égard des mesures de protection civile. Il ne suffit pas, en l'occurrence, de motiver les gens qui manifestent déjà un intérêt pour la protection civile. Si l'on veut atteindre un public plus large, mais aussi intéressé, il faut intensifier le travail d'information à la base, c'est-à-dire au sein de la commune, et de préférence dans le cadre d'exercices et de cours d'instruction. En outre, il importe de se renseigner en permanence sur les canaux et moyens d'information nouveaux ou, le cas échéant, non traditionnels, puisque, comme chacun sait, il n'existe pas de recettes miracles dans le domaine des relations publiques.

Qu'attendez-vous de positif du débat sur le rapport intermédiaire au Parlement?

J'espère que le débat sur le rapport intermédiaire permettra d'attirer également l'attention sur les problèmes qui ne sont pas encore résolus et que le Parlement sera sensibilisé aux questions qui intéressent la protection civile. On ne peut en effet nier que, dans l'activité parlementaire, la protection civile ne vient évidemment que très loin derrière l'armée. Ce débat est une belle occasion d'exposer largement devant le Parlement, mais aussi devant l'opinion publique, le thème de la protection civile. Nous n'avons en aucun cas l'intention de faire comme si tout allait pour le mieux dans le meilleur des mondes. Bien au contraire, ce que je souhaite c'est montrer dans quel domaine nous avons encore bien des choses à faire.

Le débat au Conseil des Etats pourrait-il, d'après vous, déboucher sur une augmentation des moyens financiers mis à votre disposition?

Cela, j'y crois moins, parce que la situation financière actuelle de la Confédération restreint tout simplement nos moyens. Non, ce que j'escompte réellement, c'est une plus grande compréhension de la part du Parlement, mais aussi des cantons et de l'opinion publique suisse, pour les questions relevant de la protection civile.

Avez-vous déjà eu l'occasion, éventuellement durant votre mandat de conseiller national, de faire un tour du côté du centre de protection civile?

Avant cette époque, je m'intéressais déjà aux problèmes de protection civile. C'est surtout l'organisme de protection civile de Winterthur, ma ville natale que je connais assez bien, et ce également en liaison avec mon activité de conseiller communal.



...für die Bau-Austrocknung mietet man ihn schnell!

Vermietung und Verkauf: Telefon
G. Kull AG, 8003 Zürich 01 242 82 30
Zurlindenstrasse 215a 01 241 50 41

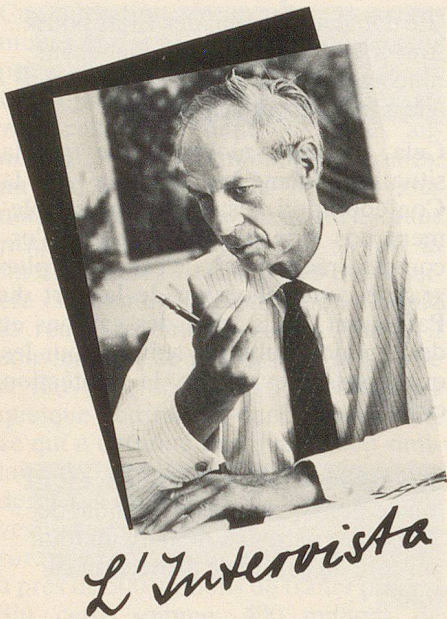
**Mobilier
pour centres
de protection civile**

études et projets, fabrication

H. NEUKOM SA

8340 Hinwil-Hadlikon ZH

Téléphone 01 937 26 91



Non vogliamo dare a intendere che tutto sia in perfetto ordine

Il consigliere federale Rudolf Friedrich in merito alla problematica della protezione civile

«Auspicio una migliore comprensione per gli intenti della protezione civile, nel Parlamento, ma anche nei cantoni e nell'opinione pubblica elvetica. Non vogliamo dare a intendere che tutto sia in perfetto ordine.» Sono parole del consigliere federale Rudolf Friedrich, in relazione alle prossime deliberazioni, in Consiglio nazionale, del Rapporto intermedio sullo stato della protezione civile. Il redattore della rivista Protezione civile, Heinz W. Müller, si è intrattenuto, alla vigilia dei dibattiti che probabilmente si svolgeranno nella sessione invernale, con il consigliere federale on. Rudolf Friedrich che, in qualità di capo del Dipartimento federale di giustizia e polizia, è anche il massimo responsabile della protezione civile. Nell'intervista sono stati trattati anche temi di bruciante attualità – così l'indirizzo dell'attuale politica in materia di protezione civile, lo stretto ambito finanziario entro il quale avviene il finanziamento, il contestato ordine di tenuta e il timore di vedere la protezione civile divenire un'istituzione paramilitare.

Protezione civile: Signor Consigliere federale, Lei ha appena assunto la carica di più alto addetto alla protezione civile di tutto il Paese e già sorge, vivacissima, una discussione di principio in relazione al Rapporto intermedio sullo stato della protezione civile. Diversi ambienti criticano l'atteggiamento della Confederazione che favorirebbe l'impressione essere la protezione civile garantita nel momento in cui ogni persona disporrebbe di un posto protetto. Questi critici sono generalmente del parere che importanti componenti, quali la «protezione» o il «comportamento della persona umana», sarebbero troppo negletti. E da questo deducono che la protezione civile – in contrapposizione all'esercito – non sia ancora, come sistema globale, efficace. Qual è il Suo parere?

Consigliere federale Rudolf Friedrich: Con il suo rapporto, pubblicato a fine gennaio del 1983, il Consiglio federale accoglieva il postulato del 1980, firmato dal consigliere nazionale B. Hummel e da altri 23 cofirmatari. Si chiedeva al Consiglio federale di presentare alle Camere federali un rapporto intermedio sullo stato raggiunto nell'attuazione della Concezione 1971 della protezione civile.

Questo rapporto ha, preso globalmente, trovato eco positiva nell'opinione pubblica. Anche la commissione del Consiglio nazionale lo ha ritenuto una valutazione realistica e appropriata della situazione, rispettivamente una buona base per le ulteriori deliberazioni parlamentari.

La protezione civile è in primo luogo autoprotezione che, secondo la volontà del legislatore, deve essere attuata avantutto nel comune, quale base responsabile, nel migliore rispetto possibile delle condizioni locali e per stadi. Ne risultano necessariamente diversità nelle misure d'ordine edificatorio, organizzativo e in merito alla formazione. E, sotto tale aspetto, non si può parlare senz'altro di un «sistema globale».

Ove si parta dal presupposto che l'edificazione del nostro sistema di protezione civile – ritenuto degno di considerazione anche all'estero – ha avuto inizio effettivo e conseguente soltanto vent'anni or sono, bisogna pur convenire che in questo settore della difesa integrata – nonostante i problemi ancora insoluti – abbiamo raggiunto uno stato notevole di attuazione. La questione del comportamento umano non è per nulla stato negletto nelle nostre riflessioni. Al contrario, proprio le esperienze di recenti avvenimenti bel-

lici, come pure di quelli più lontani nella storia, mostrano del resto che un comportamento «conforme alla sopravvivenza» della popolazione civile toccata dal conflitto dipende in modo determinante dalla presenza di possibilità adeguate di protezione. L'esperienza rivela altresì che l'essere umano, proprio in una situazione di minaccia, dà prova di una forte volontà di sopravvivenza che lo induce a sopportare anche grossi inconvenienti e a limitare sensibilmente le proprie esigenze.

«È vero, in Parlamento, un numero molto più rilevante di membri hanno direttamente contatto con problemi ed esperienze d'ordine militare che non con quelli della protezione civile.»

Vent'anni or sono entrava in vigore la legislazione sulla protezione civile. Oggi rileviamo come il divario tra i cantoni per rapporto ai rifugi attuati è in parte enorme. Visto nell'ottica attuale, non sarebbe forse stato più sensato, nonostante i principi del federalismo e dell'autonomia comunale, imporre dall'alto direttive più vincolanti?

Risulta dal Rapporto intermedio che i cantoni con un deficit particolarmente rilevante di rifugi sono soprattutto cantoni finanziariamente deboli. Le lacune d'ordine edificatorio, organizzativo e in merito alla formazione sono molto pronunciate, in primo luogo, nei comuni nei quali, gli anni scorsi, l'attività edilizia è stata molto limitata e che, nella maggior parte dei casi soltanto a partire dal 1° gennaio 1978 sono stati sottoposti all'obbligo di costruire rifugi.

Il Consiglio federale è del parere che il divario esistente tra i cantoni e, all'interno di certi cantoni, fra i comuni, non può mettere in questione l'attuazione della nostra protezione civile nel rispetto della struttura federalista del Paese. Non vedo come si possa ritenere che un compito, che può essere attuato soltanto nell'ambito del comune, vale a dire direttamente dal cittadino, possa essere risolto in modo adeguato da un'autorità centralizzata. Il Consiglio federale ritiene tuttavia di dovere prestare un'attenzione speciale, a partire dalla Confederazione, e nel corso dei prossimi anni, alla realizzazione del postulato di un maggiore equilibrio nello stato della preparazione dei cantoni e dei comuni e delle misure di protezione civile. Questo sarebbe possibile, ad esempio, con la creazione di facilitazioni d'ordine finanziario a favore dei cantoni e dei comuni che presentano carenze in ordine alla protezione civile.

Nel Rapporto intermedio viene rilevato un ritardo nella tabella oraria dell'attuazione dei posti protetti della protezione civile: d'altra parte si sottolinea come tale deficit dovrebbe essere colmato entro la fine del nostro secolo. Noi sappiamo però che (vedasi la domanda prima) diversi cantoni – per dirlo diplomaticamente – hanno sviluppato una certa «dinamica propria» anche in materia di protezione civile. Come potrà il Consiglio federale, in ultima analisi, attuare la propria volontà? Vi sono mezzi di pressione?

Gli obiettivi definiti nella concezione 1971 della protezione civile (sopravvivenza della maggior porzione possibile di abitanti, contributo alla dissuasione e aiuto prestato a titolo sussidiario in tempo di pace) si sono rivelati una base realistica e adatta nella realizzazione di una protezione civile, attendibile ed efficace. Secondo le condizioni liminari attuali, ormai conosciute, si può ritenere che nei comuni di grandi proporzioni sarà disponibile un posto protetto per ogni abitante nelle vicinanze dell'abitazione entro il 1990, come previsto originariamente. Tale obiettivo sarà invece raggiunto soltanto attorno all'anno 2000 per i piccoli comuni, sottoposti all'obbligo di costruire rifugi a partire dal 1978.

Il Consiglio federale è convinto che il federalismo costituisca, in ultima analisi, una buona premessa per l'attuazione della protezione civile. In tale contesto riveste grande importanza un'adeguata informazione e motivazione dei responsabili politici nei cantoni e nei comuni, rispettivamente il promovimento della loro coscienza. Ed è proprio in questo settore che l'Unione svizzera per la protezione civile adempie un compito rilevante. L'adozione di misure coercitive verrebbe a significare, in fine, l'insuccesso della concezione del nostro Stato, basato sulla struttura federalistica delle istituzioni.

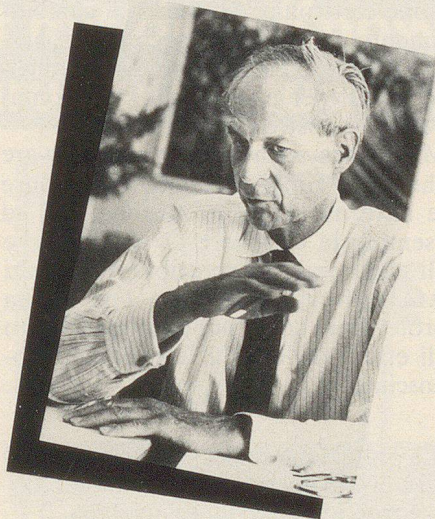
Che fare però, se ci sono ugualmente cantoni che non rientrano nelle fila? Penso – anche se si tratta di un esempio ritratto – all'obbligo di allacciare la cintura. In diversi cantoni neppure un terzo degli automobilisti rispetta tale obbligo.

È un'ipotesi, che per ora dobbiamo ritenere tale. Non l'abbiamo studiata più da presso poiché sinora, a nostro avviso, possiamo continuare su questa via. Penso piuttosto che dovremmo offrire ai cantoni finanziariamente deboli qualche possibilità in più, finanziariamente efficace. Dobbiamo poi

anche ritentare sempre di avere qualche influsso sugli organi responsabili dei cantoni e dei comuni, onde riuscire a convincerli.

Una domanda per il Friedrich perito in materia militare: numerosi documenti del Consiglio federale definiscono la protezione civile come parte importante della nostra difesa integrata. Le viene riconosciuto il predicato di «mezzo strategico». Questo non ha però impedito che, nel corso degli ultimi cinque anni, gli aiuti finanziari della Confederazione per la protezione civile siano stati decurtati di quasi il 30%, passando dagli oltre 240 milioni l'anno agli attuali 170 milioni annuali. E, nella pianificazione a lungo termine della Confederazione, questo tetto è fissato fin negli anni Novanta. Si pone con ciò la questione a sapere se la protezione civile in avvenire – in contrapposizione all'esercito – non abbisogni più di altro, né adeguamento alle minacce future, né componenti suppletive, per potere adempiere in modo efficace i compiti che le sono affidati.

Nella valutazione degli aspetti finanziari si tratta di tenere conto degli esborsi globali, vale a dire delle spese della Confederazione, dei cantoni, dei comuni e dei privati insieme. Nella Concezione 1971 della protezione civi-



le, tale somma era stata fissata a 340 milioni di franchi annualmente: è un ordine di cifre finora in gran parte rispettato, anche se non è stato possibile assorbire completamente il rincaro verso la fine degli anni Settanta. Occorre anche tenere conto della diminuita attività edilizia – a partire dal 1977 – e della relativa minore produzione di posti protetti. Negli anni scorsi, le spese globali per le misure di protezione civile si sono tenute attorno alla somma di 500 milioni di franchi

circa. Di questi, ben 430 toccavano gli enti pubblici (Confederazione 170 milioni, cantoni e comuni insieme 260 milioni di franchi) e 70 milioni il settore privato (costruzione di rifugi obbligatori).

In conseguenza della decurtazione delle prestazioni federali per l'attuazione di rifugi obbligatori in edifici privati, abbiamo, a partire dal 1982, una modifica strutturale nella suddivisione di tutti gli esborsi per la protezione civile: la porzione delle spese da parte dei privati aumenterà fino a circa 150 milioni di franchi l'anno, mentre quella degli enti pubblici si ridurrà fino a 380 milioni (il che costituisce lo 0,8% del budget complessivo di Confederazione, cantoni e comuni). È evidente che alle spese per la protezione civile sono posti limiti, essendo tali compiti in concorrenza con gli altri

«Dobbiamo poi anche ritentare sempre di avere qualche influsso sugli organi responsabili dei cantoni e dei comuni, onde riuscire a convincerli.»

che incombono al settore pubblico. Ne risulta la necessità di porre priorità, d'ordine temporale, locale, rispettivamente regionale, soprattutto con lo scopo di diminuire il più presto possibile i divari esistenti fra i cantoni.

In complesso ritengo l'attuale quadro finanziario, come pure il rapporto esistente fra spese militari e spese per la protezione civile, dell'ordine di circa 7:1, come adeguato ed equilibrato.

Vi sono settori – penso a quello militare, ad esempio – sostenuti in Parlamento da una forte Lobby, mi si permetta l'espressione, che, per le più diverse questioni, non esitano ad adire le istanze, fino al Consiglio federale. Nel corso della Sua carica di consigliere federale, ha Lei già avuto modo di sentire qualcosa in tal senso da qualcuno interessato alla protezione civile? Per Lei, in quanto più alta carica della protezione civile, quale importanza rivestirebbe un tal gruppo di rappresentanti un interesse del genere?

È vero, in Parlamento, un numero molto più rilevante di membri hanno direttamente contatto con problemi ed esperienze d'ordine militare che non con quelli della protezione civile. Nella mia ottica sarebbe certo auspicabile che ci fossero in Parlamento più persone che conoscessero la protezione civile per esperienza personale e che sostenessero gli intenti della protezione civile con uguale impegno di quelli

dell'esercito, poiché in ultima analisi ambedue i settori, anche quello della protezione civile, fanno parte della difesa integrata.

Ecco uno spunto per la prossima domanda: Vi sono ambienti che ritengono che la protezione civile debba, per i più diversi motivi, essere sottoposta al Dipartimento militare. Dicono, ad esempio, che con questo, la coordinazione con l'esercito (protezione aerea) sarebbe ancora migliore.

Credo che si tratta di argomentazione molto superficiale. Può darsi che alcuni compiti di coordinazione risulterebbero facilitati, ma fondamentalmente, la protezione civile – che per l'appunto ha struttura civile – non deve stare nel Dipartimento militare. Sono invece del parere che questa divisione debba essere sottolineata, anche esteriormente, dall'attribuzione a due diversi dipartimenti.

Negli ultimi tempi si svolgono discussioni attorno all'ordine di tenuta. Vi è gente che si oppone con veemenza a qualsiasi prescrizione in merito alla tenuta, poiché temono che la protezione civile abbia a divenire un'istituzione paramilitare. Altri, invece, credono che proprio con questa prescrizione relativa alla tenuta – se del caso anche con un'uniforme vera e propria – sarebbe possibile portare un certo ordine nella fila della protezione civile.

Sono piuttosto del parere enunciato per secondo, questa non essendo tuttavia l'unica opinione possibile. È però importante che anche per questo compito si possa disporre di un abbigliamento adeguato e io ritengo che debba esistere una certa uniformità.

Premessa dell'efficacia locale nell'intervento sono mezzi d'allarme per tutto il territorio del comune, in particolare anche apparecchi per la detezione dei mezzi di combattimento e la radio locale. Tali strumenti non si trovano tuttavia nella lista delle priorità. Che cosa ne dobbiamo pensare?

Per la protezione della popolazione civile in caso di guerra e di catastrofi, grande importanza riveste un sistema efficace e il più semplice possibile per la diffusione dell'allarme e dell'informazione. Dopo la conclusione dell'attuale azione per la revisione delle sirene installate e per una più densa distribuzione delle reti d'allarme degli organismi di protezione civile, come pure per la costruzione di impianti di telecomando, sarà possibile – dopo la

chiamata del numero necessario di persone astrette all'obbligo di protezione civile – allarmare ovunque la popolazione entro al massimo mezz'ora. Per impartire gli ordini d'allarme ai posti d'allarme degli organismi di protezione civile chiamati e per diffondere le direttive di comportamento all'attenzione della popolazione, il Consiglio federale, come pure i cantoni, possono disporre della radio – secondo una concezione elaborata nel quadro della difesa integrata.

Ne risulta che la diffusione dell'allarme e l'informazione della popolazione in situazioni di crisi sono assicurate. Si sta attualmente studiando se sia possibile e in quale modo attuabile, affinare tanto le possibilità d'allarme in maniera che in ogni tempo e senza indugi l'allarme possa essere diffuso telecomandato, a livello federale, cantonale e comunale. Si tratta però di questione che non rientra nei compiti della protezione civile.

La radio locale è un sistema elaborato per mandato della Confederazione, ormai prossimo alla sua attuabilità, di via di comunicazione propria, relativamente costoso e tecnicamente complicato. Tale sistema permetterebbe di far proseguire verso i rifugi notizie locali importanti, a partire dall'organo di direzione locale. Per tale aspetto, la radio locale costituisce senz'altro un mezzo auspicato.

Lo stesso dicasi degli impianti di detezione elettronici dei mezzi di combattimento che, tuttavia, secondo il parere del nostro esercito, non sono ancora pronti per essere acquistati confacenti alle nostre esigenze.

Mi sembra anche importante rilevare che già i rifugi esistenti, come pure le altre misure di protezione, tali ad esempio le maschere di protezione e gli apparecchi di detezione dei mezzi AC, già oggi assicurano una buona protezione della popolazione contro gli effetti delle armi, attualmente conosciute.

La protezione civile – anche in questo vi è diversità per rapporto all'esercito – è troppo poco conosciuta dalla popolazione. E poi, nella nostra epoca di movimenti della pace e di tavole rotonde per il disarmo, risulta ancora più difficile rendere popolare la protezione civile. Forse Lei conosce una ricetta per attirare maggiormente la popolazione verso questo importante ramo della difesa integrata?

L'attuazione degli obiettivi della protezione civile dipende in parte importante da una continua e differenziata opera d'informazione del pubblico.

Un'analisi spassionata degli sforzi sinora impresi in materia mostra che lo stato – perlomeno ancora in parte insoddisfacente – d'informazione della popolazione è senz'altro da attribuire parzialmente al fatto che l'informazione impartita spesso non viene recepita o lo viene in misura soltanto insufficiente. Questa esperienza vien sempre rifatta di bel nuovo anche dall'Unione svizzera per la protezione civile.

Vorrei sottolineare i motivi seguenti: da una parte la mancanza d'interesse o l'inerzia, dall'altra un senso d'impotenza nei confronti dei pericoli di una guerra moderna che, in molti esseri umani, fa scattare un meccanismo contrario alla ricezione della situazione di pericolo. La disponibilità ad accogliere un'informazione dipende fortemente anche dalla situazione internazionale e dalla sensibilizzazione per i pericoli che questa suscita. Una migliore attività informativa dovrebbe essere rivolta a rompere il muro di questa indifferenza e resistenza interna, anche in periodi apparentemente più sereni e tranquilli, e in pari tempo a rafforzare la fiducia della popolazione nelle misure della protezione civile. Ma non basta motivare le persone che già sono interessate dalla protezione civile. Onde raggiungere un pubblico più vasto e più interessato, occorre intensificare l'attività d'informazione in particolare alla base, vale a dire nel comune, prevalentemente nel quadro di esercizi e di manifestazioni in relazione alla formazione. È inoltre importante ricercare costantemente nuovi canali d'informazione, se del caso diversi da quelli convenzionali, mezzi anche inusitati, poiché nel settore dell'opera di divulgazione non esistono ricette patentate.

Che cosa si aspetta dai dibattiti in Consiglio nazionale sul Rapporto intermedio?

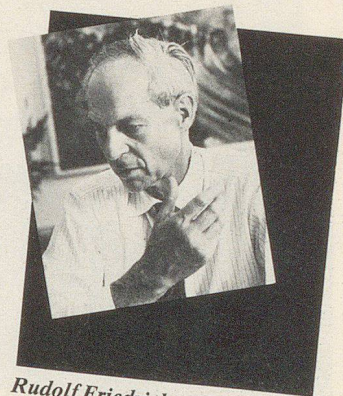
Spero che la trattazione di questo Rapporto intermedio sia anche l'occasione per un aumento d'interesse verso i problemi ancora irrisolti e che il Parlamento abbia a riuscirne più sensibilizzato per gli intenti della protezione civile. In effetti l'attività parlamentare ordina la protezione civile in rango molto più arretrato per rapporto all'esercito. È questa l'occasione favorevole per discutere e portare il tema della protezione civile in Parlamento e fra il pubblico. Non vogliamo dare a intendere che tutto sia in perfetto ordine, ben al contrario, tengo a rilevare invece tutto quello che ancora non è stato fatto.

Sarebbe possibile che dai dibattiti in Consiglio nazionale risulti eventualmente qualcosa di positivo in direzione finanze per la protezione civile?

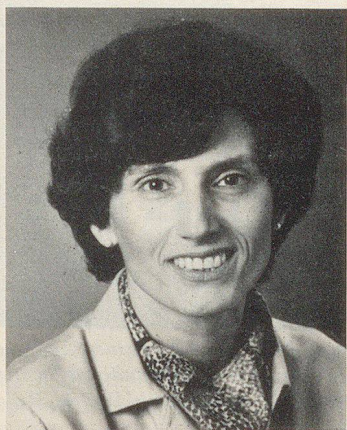
Lo credo meno, dato che l'attuale situazione finanziaria della Confederazione ci impone limiti stretti. Mi attendo piuttosto una comprensione un pò più sentita per gli intenti della protezione civile, in Parlamento, ma anche fra i cantoni e nell'opinione pubblica elvetica.

Ha già avuto occasione, anche quando era ancora consigliere nazionale, di farsi qualche idea sulla protezione civile?

Mi sono interessato già anteriormente al settore della protezione civile. Ma conosco soprattutto l'organizzazione di protezione civile della mia città d'origine, Winterthur, già dai tempi della mia attività di consigliere comunale.



Rudolf Friedrich



Tatsächlich... Sie haben noch keine Blockpläne! Dann sollten Sie aber ganz schnell mit uns in Verbindung treten und Frau R. Kaech verlangen, denn wir bringen alle Voraussetzungen mit, damit Sie vorschriftsgemässe, saubere und Ihren Wünschen entsprechende Pläne innerhalb der erwünschten Frist zur Verfügung haben. Dazu erst noch preisgünstig. Rufen Sie uns an; wir besuchen Sie sofort und beraten Sie unverbindlich, fachgemäss und kompetent. Wir haben in der Herstellung von Zivilschutzplänen die grösste Erfahrung.

Aerni Leuch AG, Abteilung Repro
Zieglerstrasse 34, 3000 Bern 14
Telefon 031 53 93 81

Effectivement... vous n'avez pas encore de plan d'attribution. Vous devriez alors très rapidement vous mettre en relation avec nous et demander M^{me} Kaech car nous vous apportons toutes les conditions préalables à la réalisation de vos plans, exactement selon vos vœux, de manière précise et propre, et cela dans les délais désirés. Et, en plus, à des conditions avantageuses. Appelez-nous! Nous vous rendrons visite immédiatement et vous conseillerons sans engagement de votre part, de manière professionnelle et compétente.

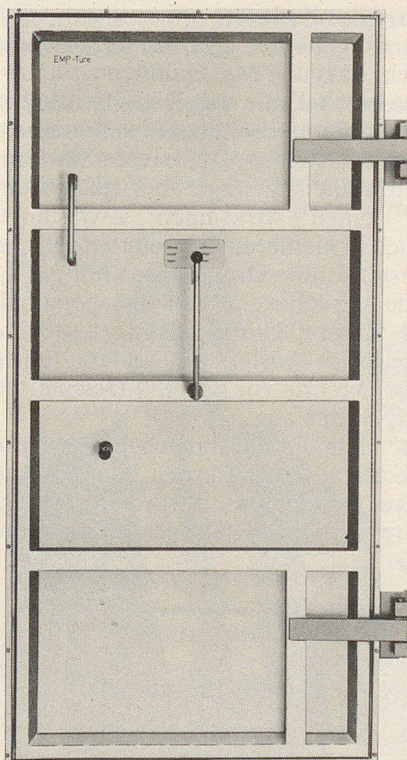
Aerni-Leuch SA, Dépt Repro
Zieglerstrasse 34, 3000 Berne 14
téléphone 031 53 93 81

Wirksamer Schutz gegen EMP beginnt mit dem Know-how. Und darüber verfügen wir.

Seit über einem Jahrzehnt sind wir auf dem Gebiet der EMP-Schutzmassnahmen tätig. Entsprechend gross ist unsere Erfahrung. Was auch immer vor den Folgen des EMP geschützt werden soll – wir wissen, wie man es anstellen muss, damit ein ausreichender Schutz gewährleistet ist.

Dieses Know-how erlaubt uns eine umfassende Tätigkeit. Sie reicht von der anlagenspezifischen Planung über die Herstellung von Bauteilen bis zur sachgerechten Installation. Was uns zu einem in jeder Hinsicht nützlichen Partner macht.

Selbstverständlich sind wir auch in Fragen kompetent, die in den Bereich der EMV fallen.



← EMP-Abschirmtüre, Typ Standard 2. Aus dem Produkteprogramm von Elektro-Winkler.

EMP = Elektromagnetischer Puls
EMV = Elektromagnetische Verträglichkeit



Elektro-Winkler & Cie AG

8152 Glattbrugg
Industriestr. 34, Tel. 01-810 40 40
Telex ewina 56 407